

mer geheim blieben, im zukünftigen Sozialismus öffentlich gemacht und breit diskutiert werden sollten, denn die Gesellschaft wisse immer mehr als Gruppen von Spezialisten, ob es sich nun um eine Handvoll Politiker oder einige Dutzend Prognostiker handelt.

Wie in keinem anderen mir bekannten Buch zur Wirtschaft der DDR ist es Steinitz und Walter gelungen die Analyse des Vergangenen mit Anregungen für die Gestaltung der Ökonomie einer Übergangsgesellschaft als Vorstufe für einen neuen Sozialismus zu verbinden. Das Fazit, das der Leser bei der Lektüre dieses Bandes ziehen kann, könnte man so formulieren: Auch wenn das in den Prognosen eindeutig, sogar mit Datum versehene Ziel, die Wirtschaft der Bundesrepublik einzuholen und zu überholen nicht erreicht wurde, waren die damaligen Bemühungen nicht vergebens, wenn man es versteht, die gesammelten Erfahrungen unvoreingenommen und zielorientiert auszuwerten.

Dokumentiert in: Marxistische Blätter, Heft 3_2013 und im Internet unter www.marxistische-blaetter.de. Nachdruck dieser Rezension mit freundlicher Genehmigung aus »Sozialismus« 7/8-2014, S. 66-68

Jörg Roesler

Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWWWW) und der Leibniz-Sozietät. Von ihm ist neben vielen Veröffentlichungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte u. a. erschienen: »Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal« (Sozialismus-Supplement 9/2010).

Gute Arbeit muss demokratische Arbeit sein

Klaus Pickshaus: Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand, VSA Verlag, Hamburg 2014, 176 Seiten, 14,80 Euro

Klaus Pickshaus bilanziert die zehnjährige Geschichte des Arbeitsschutzprojektes »Gute Arbeit« der IG Metall. Für die Gewerkschaft sei es ein arbeitspolitischer Neuaufbruch gewesen. Ihr Blick sollte sich wieder auf die Qualität der Arbeitsbedingungen richten. Diese seien in den 1990er Jahren aus dem Blickfeld geraten.

Kurz werden die Kämpfe, Erfolge und Rückschritte um den Schutz der Ware Arbeitskraft seit Friedrich Engels Bestandsaufnahme des proletarischen Arbeits- und Lebensalltags in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart zusammengefasst. Dabei räumt der Autor gründlich auf mit der Ideologie, die Reduzierung der harten Arbeitsbedingungen vergangener Jahrhunderte habe die Arbeit erträglicher gemacht. Ausführlich werden an verschiedenen Stellen des Buches immer wieder die »Rücksichtslosigkeiten gegenüber Gesundheit und Lebensdauer der abhängig Beschäftigten« in der »finanzkapitalistischen Ökonomie des Gegenwartskapitalismus« beschrieben und analysiert. Im Blick sind die Arbeitsbedingungen der aktiv Beschäftigten, der prekär Beschäftigte, Berufseinsteiger sowie Berufsausgleiter. Intensiv werden dabei die psychischen Belastungen durch die Arbeit und die psychische Gesundheit in den Fokus der Arbeitsschützer gerückt.

Eine Stärke des Buches ist die Analyse der Arbeitsbedingungen, die unter den Neuen Managementkonzepten zu psychischen Belastungen und Gefährdungen in der Arbeit führen. Am Beispiel der indirekten Steuerung wird erläutert, dass scheinbar selbständiges unternehmerisches Handeln der abhängig Beschäftigten im eng gesteckten vorgegebenen Rahmen verlangt wird, ohne dass sie »Verhandlungsspielraum« haben. So ent-

stehen maßlose Zielvorgaben, da sich die Beschäftigten ausschließlich am Kunden bzw. am Markt orientieren müssen, ohne jedoch Macht über die Investitionen, personelle Ressourcen, Termine und Arbeitsbedingungen zu haben. Das führt zur Entgrenzung der Arbeit – zum Arbeiten ohne Ende. Der lange Arm der »Selbstökonomisierung« der Beschäftigten greift nicht nur in der Arbeit, sondern wirkt sich auf die gesamte Lebensführung aus. Zunahme von Arbeitsintensität, Zeitdruck, flexible Arbeitszeiten, Rückkehr zu kurzen Arbeitstakten und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse sind »Hauptbarrieren für arbeitspolitischen Fortschritt und Gesundheitsschutz geworden«. Burnout wird als die sichtbare Spitze des Eisbergs beschrieben.

Das Projekt »Gute Arbeit« konzentriert sich auf die Themenbereiche Arbeitszeit und Leistung, altersgerechtes Arbeiten, sowie Eindämmung und Regulierung von prekärer Beschäftigung. Es hat den Anspruch, die Beschäftigten zu handelnden Akteuren ihres eigenen Arbeitsschutzes zu machen und will damit über die traditionelle Humanisierungsinitiative hinaus greifen. Die bisherige Expertenorientierung auf Betriebsräte, Vertrauensleute, Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten müsse durch die stärkere Beteiligung der Betroffenen aufgestockt werden. Gestaltungsforderungen dürften nicht mehr nur technikorientiert sein, sondern sollten durch eine »Arbeits- und Organisationsprozessorientierung« ergänzt werden. Durch den Zugriff der Arbeitsanforderungen auf die gesamte Lebensweise der Betroffenen gewinnen die gewerkschaftliche Zeitpolitik und die außerbetriebliche Sozialpolitik einen zusätzlichen Stellenwert.

Die Rolle der »Beschäftigten als Gestaltungsobjekte« zu entwickeln und zu stärken, hält der Autor für eine gewerkschaftliche Schlüsselaufgabe. Dabei nützten mobilisierende Beschäftigungsbefragungen, unzureichend bekannte Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes, Gesundheitszirkel, das Anti-Stress-Paket der IG Metall mit den Arbeitshilfen »StressBarometer« und »StressBüro-meter«, sowie der Arbeitszeit-TÜV. Die Schließung der Regelungslücke beim Schutz vor psychischen

Gefährdungen durch eine Anti-Stress-Verordnung wird gefordert.

»Gute Arbeit« müsse ein »gegen tendenzielles Projekt« bleiben. Der »Blickwinkel auf die Arbeit und ihre Qualität« sei von Interessenlagen geprägt. »Für abhängig Beschäftigten sei der Erhalt der Gesundheit als Basis ihrer Arbeitsfähigkeit das Wichtigste«. Das treffe »auf die harte Welt der ökonomischen Bilanzen«. Deswegen dürfe der Begriff »Gute Arbeit« nicht der Beliebigkeit verfallen, er dürfe auch nicht allein »als Wettbewerbsvorteil Gesundheit« in die Debatte eingebracht werden. »Interessenkompromisse« auf dem Feld der Gesundheit könnten »eher als Resultate konfliktorischer Aushandlungsprozesse gedacht werden«.

Die Arbeitszeitfrage wird defensiv angegangen, obwohl der Autor ihr eine hohe Bedeutung zumisst. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die generelle Arbeitszeitverlängerung zu verhindern. Die Arbeitszeitfrage müsse von der Regulierung der Leistungsbedingungen her angegangen werden. Seiner Meinung nach – dabei stützt er sich auf eine Umfrage der IG Metall – gebe die allgemeine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden keine wirksame Antwort darauf, dass nicht die Anwesenheitszeit das Entscheidende sei sondern das Arbeitsergebnis. Er plädiert für regulierte »Optionalität« der Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Ausdifferenzierung von Lebenslagen und Interessen, worunter Erziehungs-, Pflege- und Weiterbildungszeiten gemeint sind. Entscheidend sei seiner Meinung nach der »Kampf um die Verfügung über die Zeit«, worunter er die geleistete Arbeitszeit versteht, wie etwa die Entnahmemöglichkeit aus Arbeitszeitkonten. Kämpfe um die Zeit seien anspruchsvoller geworden und es benötige die beteiligten Beschäftigten dazu. Das aber scheint mir keine neue Erkenntnis zu sein.

Im letzten Abschnitt wird die Deregulierung der arbeitsschutzrechtlichen Standards diskutiert. Ohne explizit die Niederlage der sozialistischen Länder als Ursache des Machtverlustes der Arbeiterbewegung zu benennen, weist der Autor auf den »enger gewordenen Korridor für Kompromisse« hin sowie auf die Erosion der Handhabung von Arbeitsschutzgesetzen – nicht nur durch die Unternehmer, son-

den durch die Beschäftigten selber, die unter dem Druck der Arbeitslast, bestehende Schutzvorschriften selber unterlaufen. Das Problem könne nicht durch Stellvertreterpolitik gelöst werden, sondern durch ein neues Verhältnis von »Mobilisierung und Regulierung in der interessenpolitischen Auseinandersetzung« – demokratisch eben. Forderungen wie Mindesteinkommen, Entprekarisierung, Begrenzung von Arbeitszeiten und Leistungsvergütung müssten verbunden werden mit selbstverantwortlichen Qualitätsansprüchen an die eigene Arbeit um zugleich mit den »unternehmerischen Rentabilitätsanforderungen« zu brechen.

Der Autor schließt seine Argumentation mit Zweifeln an der Zukunftstauglichkeit des Kapitalismus. Den Gewerkschaften empfiehlt er, auf Kapitalismuskritik in Programmatik, Publizistik und Bildungsarbeit nicht zu verzichten, da ohne sie der lange Atem für die Durchsetzung der notwendigen kleinen Schritte zur Verbesserung des Arbeitsschutzes nicht durchhaltbar sei. Ansonsten würde die »finanzkapitalistische Wirtschaftsweise mit ihren zerstörerischen Wirkungen als ein unveränderliches Kontinuum, eben als Ansammlung von Sachzwängen erscheinen, mit denen man sich nur individuell auseinanderzusetzen hat«.

In der wenig kapitalismuskritischen IG Metall erscheint es als Versuch über kleine machbare Reformschritte durch das Projekt »Gute Arbeit« der Kapitalismuskritik ein argumentatives Standbein zu verschaffen. Es ist ein zu unterstützendes Projekt. Ob es aber die Beschäftigten in die Lage versetzt organisiert und erfolgreich die immer intensivere Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu verhindern? Die vorgeschlagenen Widerstandsansätze verlangen Zeit in der Arbeitszeit – in der zu knapp bemessenen Arbeitszeit, in der jetzt schon Teile der Beschäftigten die Zeitschutzbestimmungen umgehen oder verlangen, dass sie aufgeweicht werden.

Das reichhaltig mit Zitaten, Literaturbelegen und Fremdworten gespickte Buch ist eine Argumentationshilfe, weniger eine Arbeitshilfe für ArbeitsschützerInnen.

Anne Rieger

Ideologische Zeitgeschichtsschreibung und politische Herrschaft

Edgar Wolfrum: *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, C.H. Beck, München 2013, 848 Seiten mit 37 Abbildungen, 24,95 Euro.

Auf dem Umschlag verheißt der renommierte Historiker Heinrich August Winkler: »Ein spannend zu lesendes Buch – anschaulich geschrieben, überzeugend in der Argumentation, entschieden im Urteil. Wer über die rot-grünen Jahre und ihre Auswirkungen mitreden will, sollte den neuen Wolfrum lesen«. In der Verlagsreklame heißt es: »Die rot-grüne Ära war eine Zeit des Umbruchs. Ihre Wirkungen prägen die Bundesrepublik bis heute. [...] Das glänzend geschriebene Buch entfaltet ein beeindruckendes Panorama des Übergangs vom 20. zum 21. Jahrhundert, behandelt gleichgewichtig Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und führt uns die Akteure dieser Jahre in ihren Siegen, aber ebenso in ihren Irrungen und Wirungen vor Augen. Neues und Überraschendes wird zu Tage gefördert – ein spannendes Stück Zeitgeschichte.«

Der so ausgelobte Verfasser Edgar Wolfrum, ein Heidelberger Professor für Zeitgeschichte des Jahrgangs 1960, veröffentlicht seit seiner »Geglückten Demokratie« (2006) Bücher zur ganzdeutschen »Erfolgsgeschichte«. So auch hier auf knapp 850 Seiten. In der breiten Erzählung der »Macht« genannten und durch eine fingierte Bundestagsmehrheit im Sommer 2005 beendeten Bundeskabinette Schröder-Fischer I (1998–2002) und Schröder-Fischer II (2002–2005) geht es um ent-traditionalisierende Modernisierung des neuen ganzdeutschen, Anfang Oktober 1990 vereinigten Staates. Dieser sucht und findet seinen Platz nach dem Ende des eurasischen Realsozialismus in der neuen, US-geführten »Einen Welt«. Dies alles wird im Jargon des Hamburger Wochenmagazins »Der Spiegel« ARD-Tagesschau-kompatibel versprachlicht.